

Beschluss des Landrats vom 22.05.2025

Nr. 1151

9. Fragestunde der Landratssitzung vom 22. Mai 2025 2025/163; Protokoll: ps

1. Roman Brunner: Follow-Up Bericht MAG

Roman Brunner (SP) sagt, es fehle die Analyse und Interpretation der Zahlen. Diese verändern sich nicht. Bezüglich der Bewertung mit A+ gibt es sowohl einen Unterschied zwischen Personen mit einem Pensum von mehr und weniger als 50 % als auch zwischen Personen mit und ohne Kaderposition, unabhängig davon, ob das ganze Kantonspersonal oder nur die Schulen betrachtet werden. Zusatzfrage: *Welche Erkenntnisse zieht der Regierungsrat daraus und was wird bezüglich der Zahlen unternommen?* Das ist der Kern – ob etwas unternommen wird oder einfach gesagt wird, Kadermitarbeitende arbeiten drei- bis viermal besser und erhalten mehr A+-Bewertungen.

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) führt aus, die Thematik A+, werde vom Regierungsrat gemonitort und vom Personalamt sowie den einzelnen Direktionen analysiert und daraus Massnahmen abgeleitet. Die Zahlen reichen nur bis 2022 zurück und somit liegt keine lange Zahlenreihe vor. Der Regierungsrat ist soweit zufrieden. Jedoch wurde festgestellt, dass es Differenzen zwischen kleinen und grossen Pensen und beim Kader gibt. Es wurden jedoch noch keine Massnahmen daraus abgeleitet, weil dies nicht ganz so einfach ist. Das klingt jetzt wieder nach einer Ausrede, aber es ist so. Man kennt die Ursachen und Voraussetzungen nicht genau, die zu diesem Resultat führen. Es besteht eigentlich kein Anspruch auf ein A+. Das heisst, es ist anspruchsvoll, den Sollzustand zu definieren. Es kann höchstens gesagt werden, dieser sei erfüllt, wenn bezüglich Kaderpositionen, Geschlecht oder beim Pensum eine Gleichheit besteht. Es gibt Unterschiede, jedoch wurden noch keine Lehren daraus gezogen. Das Ganze wird auch in den Schulleitungskonferenzen immer wieder thematisiert, ebenso seitens Personalamt und in den Direktionen. Konkrete Massnahmen mit dem Ziel einer gleichmässigen Verteilung der A+ gibt es nicht. Das Schwergewicht liegt darauf, dass das Personal, vor allem die Vorgesetzten, befähigt werden, korrekt mit dem Instrument Mitarbeitergespräch umzugehen. Das ist das wichtigste Ziel. Damit es nicht vergessen geht: Es gibt zwei Richtungen: vom Chef oder der Chefin an den Mitarbeitenden, aber auch in die andere Richtung, von den Mitarbeitenden an die Vorgesetzten. Es wird insbesondere angeschaut, welche Feedbacks kommen. Dies als erste Gedanken zur Frage.

Miriam Locher (SP) hat folgende Zusatzfrage: *Wird nach den Ursachen geforscht, weshalb es so ist, oder handelt es sich um den Soll-Zustand?* Es ist auffällig, dass dieser Zustand bereits länger andauert und zwischen Kaderpositionen und «normalen» Angestellten ein Unterschied besteht. Die Rednerin kann sich nicht vorstellen, dass die Vorgesetzten so viel besser arbeiten als die Mitarbeitenden. Diesen Unterschieden müsste auf den Grund gegangen werden.

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, es sei bereits darüber diskutiert worden bezüglich Kader und Pensen. Bei den Pensen ist es so, dass jemand stärker präsent ist, wenn er Vollzeit arbeitet und so mehr Aufmerksamkeit erhält als jemand mit einem kleineren Pensum. Diesbezüglich kann sensibilisiert werden.

Bezüglich Kader kann empirisch nichts bewiesen werden, jedoch ist der Vorgesetzte von einem Kadermitarbeitenden abhängiger als von einem Mitarbeitenden. Es wurde diskutiert, ob sich dies auf die Bewertung auswirkt. Wenn jemand Projekte leitet und nicht nur das *daily business* macht, befindet er sich aus Sicht des Vorgesetzten auf einem anderen Niveau und erreicht einen höheren

Erfüllungsgrad. Dies wurde diskutiert, aber der Redner hat keine Patentlösung, um dies zu korrigieren. Es wurde erkannt und die Meinung ist, dass die Vorgesetzten dafür sensibilisiert werden.

2. Dominique Zbinden: Ethikfall im Trampolin beim NKL

Dominique Zbinden (Grüne) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Bei Frage 2.3 wird erwähnt, dass es neu eine ethikbeauftragte Person braucht. Zusatzfrage: *Welche Voraussetzungen beziehungsweise welche Ausbildung muss eine solche Person mitbringen, um diese Funktion übernehmen zu können?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, gemeinsam mit Basel-Stadt sei Basel-Landschaft der erste Kanton der Schweiz, der dies voraussetzt. Welchen Hintergrund diese Person haben muss, kann die Rednerin nicht beantworten. Sie wird dies schriftlich nachreichen. [vgl. [Nachtrag](#)]

3. Marc Scherrer: Universität Basel: Stand der Umsetzung des Postulats 2024/360

Keine Zusatzfragen.

4. Rolf Blatter: Birsquering: Unterschiedliche Antworten zur gleichen Frage

Rolf Blatter (FDP) erwähnt, bereits heute Morgen sei über eine Birsquering diskutiert worden – in Laufen. Es gibt noch eine zweite Brücke. Zusatzfrage: *Weshalb wird immer wieder kommuniziert, es gebe nur die Variante Süd – obwohl der Regierungsrat selber sagt, es sei noch nicht entschieden worden, welche Linienführung kommen werde?*

Antwort: Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) kann nur wiederholen, was in der Antwort steht: Die definitive Linienführung ist noch nicht entschieden, zumal sich mehrere Akteure dazu äussern müssen. Es gibt nur eine Brücke, wenn sich die Partner einigen. Der Redner kann nur den aktuellen Stand der Einigung wiedergeben sowie eine Prognose: Wenn man sich nicht einigen kann, gibt es keine Brücke. Man sollte daran interessiert sein, eine Einigung zu finden. Dazu gibt es – wie man auch immer dies findet – Partner am Tisch. Es wird gemeinsam mit dem Kanton Solothurn nach einer Lösung gesucht, und ohne Einigung gibt es keine Brücke. Es wird nach Konsens gesucht. Erst, wenn dieser vorliegt, kann gesagt werden, wo die Brücke hinkommt.

5. Rolf Blatter: Birsquering: Dauer der verfügbaren Planungszone

Rolf Blatter (FDP) erwähnt, es habe gemäss Beantwortung 2020 bereits ein Baugesuch gegeben und im Rahmen dieser Baugesuchsbearbeitung sei eine Bausperre verfügt worden. Das Land gehörte der Firma Oerlikon, ging anschliessend an Alexander Beyeler über und dann an Implenia – und vor etwa eineinhalb Jahren zu einer weiteren Firma. Zusatzfrage: *Wer hat damals ein Baugesuch eingereicht?*

Antwort: Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) hält es nicht für seine Pflicht, dies bekannt zu geben.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
